

Bericht über die Sitzung 1/2015 des Hauptausschusses am 13. März 2015 in Bonn

GUNTHER SPILLNER

Leiter Büro Hauptausschuss im BiBB

Der Entwurf des Berufsbildungsberichts 2015 der Bundesregierung war für den Hauptausschuss Anlass, sich intensiv über die aktuelle Ausbildungsplatzsituation zu beraten. Zum ersten Mal seit mehr als zehn Jahren verabschiedete der Hauptausschuss eine Gemeinsame Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht, ohne diese, wie in den Vorjahren, durch Voten der »Bänke« zu ergänzen. Die neue Allianz für Aus- und Weiterbildung war ebenfalls Gegenstand der Beratung. Andere inhaltliche Sitzungsschwerpunkte galten der Integration ausländischer Jugendlicher in die Berufsbildung und der laufenden BBiG-Evaluierung. Geleitet wurde die Sitzung von UWE SCHULZ-HOFEN, Berlin, der die Vorsitzende ELKE HANNACK (DGB) vertrat.

Berufsbildungsbericht und aktuelle Ausbildungsplatzsituation

Die aktuelle Lage am Ausbildungsmarkt hat sich nach Einschätzung von KORNELIA HAUGG (BMBF) für die Jugendlichen gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert. Sorge bereite dem BMBF, dass erneut ein leichter Rückgang der Quote der Ausbildungsbetriebe zu verzeichnen sei. Man sollte überlegen, wie man stärker die Zielgruppe der Klein- und Kleinstbetriebe erreichen könne. Virulent bleibe das Thema Matching und die Frage der Gewichtung von akademischer und beruflicher Bildung. Zielgruppen der Berufsbildungspolitik seien weiterhin Altbewerber/-innen, Jugendliche mit Migrationshintergrund und Erwachsene ohne Berufsabschluss. Was man hier gemeinsam mit den Ländern »auf die Schiene gesetzt« habe, sei richtig; man brauche einen langen Atem und werde Wirkungen erst nach Jahren bemerken.

Nach Ansicht des BiBB-Präsidenten, Prof. Dr. FRIEDRICH H. ESSER, solle man stärker die sinkende Zahl der Ausbildungsbetriebe und die steigende Zahl offener Stellen in Kausalität mit unattraktiven Perspektiven im Beschäftigungssystem setzen. Man könne sich beispielsweise fragen, warum immer weniger junge Menschen Interesse hätten, einen bewährten Handwerksberuf zu erlernen. Klein- und

Kleinstbetriebe, die »Ausbilder der Nation«, fänden nicht mehr genügend Bewerber/-innen. Junge Menschen versprechen sich weit mehr Optionen durch ein Hochschulstudium.

Aus Ländersicht ist das Argument, Jugendliche seien nicht geeignet und hinreichend ausbildungsreif, in Anbetracht der Unterstützungsangebote nicht mehr überzeugend. Das Thema »Attraktivität der dualen Ausbildung« müsse einen viel größeren Stellenwert erhalten, aber nicht nur in Richtung der Jugendlichen, sondern gerade auch in die der Betriebe. Aus Sicht der Arbeitgeber erschließen die Betriebe das Potenzial der Schulabgänger/-innen mit Haupt- oder Realschulabschluss heute wesentlich stärker als vor zehn Jahren. Auch der Anteil der jungen Menschen mit Abitur habe sich in diesem Zeitraum deutlich erhöht. Dies bedeute, dass die duale Ausbildung auch in diesem Segment nach wie vor über eine hohe Attraktivität verfüge. Das große Schwergewicht der Ausbildungsarbeit in Deutschland werde in der beruflichen Bildung geleistet. Zigtausende Studienabbrecher/-innen wechselten darüber hinaus nach wenigen Semestern in eine duale Ausbildung. Bezüglich der Ausbildungsbeteiligung der Klein- und Kleinstbetriebe sei festzustellen, dass eine hohe Zahl an Betrieben frustriert sei, weil sie auf dem Ausbildungsmarkt nicht die Bewerber/-innen finde, mit denen sie ein Ausbildungsverhältnis aufnehmen wolle bzw. könne. Nach Auffassung der Arbeitnehmer ist der Berufsbildungsbericht in seiner Wertung beschönigend und ein Rückschritt gegenüber dem Berufsbildungsbericht des Vorjahrs. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2015 sei auf den niedrigsten Stand seit der deutschen Wiedervereinigung gefallen. Auch die Ausbildungsbetriebsquote befinde sich auf einem Tiefstand. Die Gemeinsame Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht wurde als BiBB-Pressemitteilung Nr. 16 vom 15.04.2015 veröffentlicht.

Allianz für Aus- und Weiterbildung

Für das BMWi informierte Dr. ANNETTE RÜCKERT über die Allianz für Aus- und Weiterbildung, deren Ausgangslage unter anderem von wachsenden Passungsproblemen und der Gefahr eines künftigen Fachkräftemangels gekennzeichnet sei. Für alle Allianzpartner habe betriebliche Ausbildung klaren Vorrang. Man wolle die Bedeutung und Attraktivität beruflicher Bildung aufwerten und deren Qualität weiter

verbessern. Passungsprobleme nachhaltig zu verringern und die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze und der ausbildungsbereiten Betriebe zu erhöhen, seien Kernziele. Die Zahl junger Menschen im Übergangsbereich wolle man gemeinsam weiter reduzieren und zur Verbesserung der Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung beitragen. Im Hinblick darauf, inwieweit die Allianz auch auf Länder- und Regionalebene durchschlage, machte Dr. BARBARA DORN (BDA) deutlich, dass die Länderebene autonom sei, freie Hand habe und jeweils individuell agiere. Die Situation in den Ländern und Regionen sei zudem sehr unterschiedlich und bedürfe ganz eigener, den jeweiligen Situationen angepasster Pakte. BIBB-Präsident ESSER empfahl mit Blick auf das Ziel der Verbesserung des Images der beruflichen Bildung in Deutschland, die Presse und Öffentlichkeitsarbeit der Allianz zu verbessern. Dies beziehe sich sowohl auf die Berichterstattung zu den Aktivitäten der Allianzmitglieder als auch auf Themen und Leuchtturmprojekte, die besonders gefördert und damit in der Öffentlichkeit herausgestellt werden sollten.

Integration ausländischer Jugendlicher in die Berufsbildung

Unter dieser Überschrift ging es im Hauptausschuss in erster Linie um die Frage, wie die wachsenden Flüchtlingsströme nach Deutschland in Ausbildung integriert und zur Fachkräftesicherung genutzt werden können. Für das BMAS berichtete ROLAND SCHAUER über Unterstützungsangebote für Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlinge und Asylbewerber/-innen auf dem Weg in Berufsausbildung und Beschäftigung. Auch ausländischen jungen Menschen stünden zum Beispiel grundsätzlich Berufseinstiegsbegleitung und Einstiegsqualifizierung offen. Gleiches gelte auch für Berufsausbildungsbeihilfe, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, ausbildungsbegleitende Hilfen und außerbetriebliche Berufsausbildung. JÜRGEN SPATZ (BA) informierte über das gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lancierte Modellprojekt »Early Intervention« zur frühzeitigen Heranführung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern an den Arbeitsmarkt. MICHAEL ASSENMACHER stellte Angebote des DIHK vor. Neben diversen Beratungs- und Unterstützungsangeboten gebe es ein Welcome-Center, ein Partner-Supportprogramm und mit der IHK FOSA eine Institution zur Prüfung und Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Gemeinsam mit dem Handwerk bereite man eine gemeinsame »Berliner Erklärung« zur Bündelung und Systematisierung von Maßnahmen vor, etwa zum Aufenthaltsrecht oder zur Sprachförderung. THOMAS SONDERMANN (BMBF) machte deutlich, dass das Thema von der Bundesregierung unter allen einschlägigen Gesichtspunkten differenziert beraten und im Rahmen eines

Güterabwägungsprozesses behandelt werde. Gerade auch im Hinblick auf Fragen einer Aufenthaltsberechtigung seien unterschiedliche Interessen gegeneinander abzuwägen. Wichtig sei ein möglichst klarer und einheitlicher Verwaltungsvollzug.

BBiG-Evaluierung

Anschließend informierte SONDERMANN über die BBiG-Evaluierung. Es liege eine breite Stoffsammlung vor, deren Punkte nicht alle in eine Evaluierung einfließen würden. Zum Teil liege dies daran, dass die rechtlichen Voraussetzungen fehlten, zum Teil, weil es bereits laufende Parallelprozesse gebe (z.B. zu den Bereichen Berufsbildungsstatistik, überbetriebliche Lehrlingsunterweisung, Inklusion). Themen der Evaluierung gebe auch der Koalitionsvertrag vor. Erst im weiteren Verlauf werde sich weisen und werde entschieden, ob man ein Gesetzgebungsverfahren starte.

Weitere Themen

Der Ständige Vertreter des Präsidenten, Prof. Dr. REINHOLD WEIß, informierte über den aktuellen Stand der BIBB-Evaluation durch den Wissenschaftsrat.

MARKUS BRETSCHEIDER und HENRIK SCHWARZ, beide Mitarbeiter der Ordnungsabteilung im BIBB, präsentierten Ergebnisse ihres Projekts zu Strukturmodellen in der Ausbildung. Ihren Erkenntnissen zufolge gibt es in anerkannten Ausbildungsberufen Differenzierungen in Fachrichtungen, Schwerpunkte, Wahlqualifikationen, Einsatzgebiete und Kernqualifikationen sowie Kombinationen mehrerer dieser Differenzierungen. Anhand leitfadengestützter Kriterien liefern BRETSCHEIDER und SCHWARZ Empfehlungen für die Auswahl des im jeweiligen Beruf geeigneten Strukturmodells.

Der Hauptausschuss beschloss Verordnungen über die Berufsausbildung Automatenfachmann/Automatenfachfrau, Betonfertigteilbauer/-in, Bogenmacher/-in, Fachkraft für Lederherstellung und Gerbereitechnik, Fischwirt/-in, Geigenbauer/-in, Gießereimechaniker/-in, Kerzenhersteller und Wachsbildner/Kerzenherstellerin und Wachsbildnerin, Musikfachhändler/-in, Orthopädienschuhmacher/-in, Werkfeuerwehrmann/Werkfeuerwehfrau und Werksteinhersteller/-in. Außerdem wurde das BIBB gebeten, Empfehlungen zu Musterregelungen gemäß §§66 BBiG, 42m HwO »Fachpraktiker/Fachpraktikerin für Buchbindelei« mit dem Bezugsberuf Buchbinder/Buchbinderin und »Fachpraktiker/Fachpraktikerin für Medientechnologie Druckverarbeitung« mit dem Bezugsberuf Medientechnologe/Medientechnologin Druckverarbeitung auf der Grundlage der Rahmenregelung für die Ausbildung behinderter Menschen zu erarbeiten. ◀